

30. Januar 2004, Zürcher Oberländer

Die SP Wetzikon bleibt bei ihrem «Nein» zur Einheitsgemeinde

Replik zur Stellungnahme des Wetziker Gemeinderates vom 28.1.04

In seiner Stellungnahme ist der Gemeinderat wohl auf einige Argumente, die gegen eine Einheitsgemeinde vorgebracht wurden eingegangen. Damit hat er aber die wirklich stichhaltigen Argumente der SP Wetzikon nicht entkräften können.

Wer prüft die Geschäfte?

Die SP Wetzikon kann dem Gemeinderat zwar in einigen Punkten folgen: Die drei verschiedenen Vermögen und Liegenschaftenverwaltungen könnten vereinheitlicht werden. Die einzig fortschrittliche Struktur, einer Gemeinde von dieser Grösse ist aber die einer Stadt mit einem Parlament. Nirgendwo ist eine so grosse «Dorf»-Gemeinde noch anzutreffen, nirgends eine so grosse Einheitsgemeinde ohne Parlament. Der Sinn davon ist, dass eine grosse Gemeinde – eine Stadt eben – so viele und so weit reichende und finanziell folgenschwere Geschäfte zu tätigen hat, dass die verhältnismässig wenigen BesucherInnen der Gemeindeversammlung sich unmöglich einen Überblick darüber verschaffen können. Ein Parlament hat aber eine Geschäftsprüfungskommission, die genau dazu da ist und dafür sorgt, dass die Stadt weder über noch unter ihren Verhältnissen wirtschaftet. Wenn der Gemeinderat von Wetzikon wirklich fortschrittlich denkt, so müsste die neue Gemeindeordnung in diese Richtung gehen.

Schulpräsidium im Stadtrat

Wetzikon als Dorf mit 19 000 EinwohnerInnen ist ein absoluter Einzelfall. Hier liegt auch der Grund, warum es keine Einheitsgemeinde ohne Parlament mit einem vollamtlichen Schulpräsidium gibt. Diese Aufgabe kommt in einer Stadt nämlich einem Stadtrat oder einer Stadträtin zu, und da gibt es sehr viele Beispiele von Halb- und Vollämtern. Alle Schulstufen einer Stadt wie Wetzikon – vom Kindergarten bis zur Berufswahlschule – zu führen wäre beileibe kein Feierabendjob!

Kein Leistungsabbau bei den Schulen

Die Befürchtung der SP Wetzikon, dass die Sparübungen der politischen Gemeinde bei der Zusammenlegung der Güter sich auch negativ auf die Schulen und somit auf die Schülerinnen und Schüler auswirken würden, ist bei einer Einheitsgemeinde ohne Geschäftsprüfungskommission nicht auszuschliessen und wurden im Bericht des Gemeinderates auch nicht widerlegt. Es wäre darum ehrlicher, wenn der Gemeinderat die schlechte Finanzlage ausser mit Leistungsabbau auch noch mit einer Erhöhung des Steuerfusses zu verbessern versuchte. Dass die Steuerfüsse in einer wachsenden Stadt etwas höher sind, hat auch seine Berechtigung: Schliesslich ist es ja gerade die gute Infrastruktur, die viele NeuzuzügerInnen anzieht.